

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 405

Einwohnerratssitzung vom Montag, 18. April 2011, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	37	Personen des Einwohnerrates
	5	Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Karin Hess, Erich Schwob, Emanuel Trueb Gemeinderat: Uwe Klein, Felix Knöpfel	
Vorsitz	Dieter Stohler, Präsident	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Teilrevision Reglement über die Unterstützung der politischen Parteien bei Wahlen und Abstimmungen - 2. Lesung 2713
2. Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Roland Kuny, betreffend "Werterhaltung in der Strasseninfrastruktur" 2672
3. Bericht der BPK: Mutation Strassennetzplan Nr. 27 (Niederfeld), Änderung der Strassenführung 2641
4. Sondervorlage, Bewilligung eines Nachtragskredites von CHF 950'000.-- für die Erneuerung der Schwimmbadfolie sowie neuer Steuerschrank 2715
5. Interpellation der SP-Fraktion, Rös Graf, betreffend "Evakuierungspläne" 2722
6. Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Trinationaler Atom-Schutzverband (TRAS)" 2720
7. Postulat der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend "Beitritt zum TRAS (Trinationaler Atomschutzverband)" 2723
8. Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Basellandschaftliche Pensionskasse in Unterdeckung" 2725
9. Fragestunde (nach der Pause)

Dieter Stohler als Präsident des Einwohnerrates:

Ich eröffne die 405. Sitzung des Prattler Einwohnerrates, begrüsse die Mitglieder des Einwohnerrates, den Gemeinderat und biete ein herzliches Willkommen an alle Gäste und die Medienvertreter. Bei diesem strahlenden Sonnentag freue ich mich auf strahlende Voten und Diskussionen, auch wenn die Strahlen, über die wir heute reden, bekanntlich nicht immer positiv sind. Wenn heute Nacht die Sonne nicht mehr scheint und die Lichter in Pratteln abgeschaltet sind -oder es sein sollten- finden wir den Heimweg trotzdem: heute strahlt der Vollmond auf uns hinunter.

Präsenz:

Entschuldigt sind vom Einwohnerrat Karin Hess, Erich Schwob und Emanuel Trueb. Vom Gemeinderat sind dies Uwe Klein und Felix Knöpfel. Es sind 37 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr beträgt 25 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten Dieter Stohler:

Stimmzähler: Erich Schwob in seiner Funktion als Stimmzähler ist abwesend und ebenfalls die Ersatzstimmzählerin Karin Hess. In Absprache mit der SVP-Fraktion hat sich Rolf Hohler bereit erklärt, sich für die heutige Sitzung als Stimmzähler zur Verfügung zu stellen. Gegen diesen Vorschlag gibt es keine Opposition und Rolf Hohler ist als Stimmzähler bestätigt.

Schreiben von M. Baumann: Dem Einwohnerrat wurde ein Schreiben von Markus Baumann vom 28. Februar 2011 zugestellt. Es geht um die Entlassung eines Lehrers der KMS Pratteln-Augst-Giebenach. Der Einwohnerrat ist bekanntlich in das Verfahren nicht involviert; das Schreiben kann beim Präsidenten des Einwohnerrates eingesehen werden.

Rücktritt von M. Burgunder als KMS-Schulrat: Dieter Stohler verliest das Schreiben vom 12. April 2011: „*Sehr geehrter Herr Stohler, geschätzte Mitglieder des Einwohnerrates. Per 1. August 2011 werde ich mich einer neuen beruflichen Aufgabe widmen. Ich bin als neuer Schulleiter der Musikschule Leimental gewählt worden. Durch die neue berufliche Herausforderung, auf welche ich mich sehr freue, ist auch ein Interessenskonflikt entstanden. Als Schulrat bin ich dem Schulleiter der KMS Pratteln-Augst-Giebenach übergeordnet, an den kantonalen Schulleiterkonferenzen der Musikschulleiter jedoch gleichgestellt. Diese Aufgabe finde ich heikel. Zudem möchte ich mich voll und ganz meiner Tätigkeit widmen und mich für meinen neuen Arbeitgeber einsetzen. Aus diesem Gründen habe ich mich entschieden, per 31. Juli 2011 aus dem Schulrat auszutreten. Zum jetzigen Zeitpunkt mache ich das sehr ungern, da ich mich sehr für die Neuentwicklung engagiere. Durch meine Arbeit im Schulrat habe ich einen wertvollen Einblick in die Geschäfte der KMS erhalten. Ich wünsche allen Beteiligten viel Erfolg an der KMS-Pratteln. Besten Dank für Ihr Verständnis. Mit freundlichen Grüßen, Martin Burgunder.*“

Rücktritt von Alexander Martin als KMS-Schulrat: Dieter Stohler verliest ein weiteres Rücktrittsschreiben vom 17. April 2011: „*Lieber Dieter, sehr geehrte Dame und Herren. Ich habe mich nach reiflicher Überlegung zum Rücktritt aus dem KMS Pratteln-Augst-Giebenach per 31. Juli 2011 entschlossen. Ich möchte Euch/Sie deshalb bitten, die Wahl eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin unverzüglich in die Wege zu leiten. Folgende Gründe bewegen mich zum Rücktritt: 1. Wie in der Öffentlichkeit schon bekannt, hat eine vom Schulrat in Auftrag gegebene externe Analyse die Notwendigkeit von Reformen an der KMS Pratteln-Augst-Giebenach aufgezeigt, weshalb wir der Herzka-Entwicklungsberatung ein Beratungsmandat für die weitere Schulentwicklung erteilt haben. Der Zeitbedarf für die Ausübung der Schulrats Tätigkeit ist dadurch deutlich gestiegen. Ich bin bei der Annahme des Schulratspräsidiums von einem durchschnittlichen Zeitaufwand von 2 Stunden pro Woche exklusiv Sitzungen ausgegangen, was normalerweise meins Erach-*

tens nach genügen sollte, in der aktuellen Situation jedoch bedeutend zu wenig ist. Auch besteht für mich ein Handicap darin, dass ich tagsüber an Wochentagen wegen meiner ärztlichen Praxistätigkeit kaum verfügbar bin. 2. Auf Ende Schuljahr ebenfalls per 31. Juli 2011 hat der bisherige Schulleiter, Herr Edgar Kamber, seine bisherige Stelle an der KMS gekündigt. Ebenso tritt der Vizepräsident, Herr Martin Burgunder, wegen seiner Wahl zum Leiter der Musikschule Leimental auf den 31. 7. 2011 aus dem Schulrat zurück. Ich möchte deshalb die Schulentwicklung einem neuen Führungsteam anvertrauen, welches diese Aufgabe unbelastet von der Vergangenheit angehen kann. Ich bitte um Verständnis für meine Entscheidung und verbleibe mit freundlichen Grüßen, Alexander Martin.“ Wir nehmen diese beiden Rücktritte zur Kenntnis und danken den beiden Mitgliedern für die geleistete und noch zu leistende Arbeit bis zum 31. Juli. Die Fraktionen werden hiermit aufgefordert, sich über die Neubesetzung dieser Vakanz Gedanken zu machen, so dass spätestens an der Juni-Einwohnerratssitzung Ersatzwahlen vorgenommen werden und keine Vakanz entstehen. Theoretisch wäre eine Wahl auch in der Maisitzung denkbar, aber die Nominierungen müssten schon per Ende April beim Einwohnerratsekretariat sein.

Einwohnerratsausflug 2011: Er findet am Samstagnachmittag und Samstagabend am 18. Juni 2011 statt. Dieses Datum soll reserviert werden; sie erhalten in den nächsten Tagen eine Einladung mit Anmeldetalon.

Administration: Ein administrativer Hinweis des Einwohneratssekretariates: Für Meldungen per Mail an das Einwohneratssekretariat betreffend Fragestunden, politischen Verstössen, Abmeldungen zur Sitzung usw. Meldung bitte nicht nur an kristin.kuenzli@pratteln.bl.ch sondern auch an das Sekretariat sekretariat@pratteln.bl.ch. Die letztgenannte Adresse wird immer bewirtschaftet, also auch bei Abwesenheit von Frau Künzli gelesen und an die richtige Stelle weiter geleitet.

GPK: Im Auftrag von Kurt Lanz, Präsident GPK, bitte ich alle GPK-Mitglieder sich in der Pause beim Präsidenten Kurt Lanz zur Vereinbarung eines Termins einzufinden.

Neue parlamentarische Vorstösse:

- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Velosicherheit Zehntenstrasse" vom 16. April 2011
 - Postulat der SP-Fraktion, Daniela Berger, betreffend "Überdachte Veloständer an der Bahnhofstrasse und im Dorfzentrum" vom 16. April 2011
 - Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend "Lichtimmissionen" vom 18. April 2011
 - Postulat der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Aktives Energiesparen anstatt Beitritt in TRAS" vom 14. April 2011
- Stefan Löw äussert sich zum Postulat:** Dieses Postulat nimmt direkten Bezug zu den heute zu behandelnden Postulaten 2720 und 2723. Dieses neue Postulat wurde verteilt und ich bitte sie, das Postulat zu lesen; es wird Bestandteil der Voten der FDP-Fraktion sein.
- Postulat der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Energieverbrauch aber wie?" vom 14. April 2011
 - Interpellation der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Ist die öffentliche Sicherheit in Pratteln weiterhin gewährleistet?" vom 14. April 2011

Geschäftsverzeichnis:

Stephan Ackermann: Gerade mit dem neuen Postulat von Stefan Löw finde ich es umso wesentlicher, wenn wir die Interpellation 2722 von Rös Graf vor die Postulate 2720 und 2723 setzen würden. Im Rahmen dieser Interpellation können wir Antworten vom

Gemeinderat erwarten, welchen Einfluss Erdbebensicherheit und AKW-Katastrophen in der näheren Umgebung auf Pratteln haben. Daher bitte ich euch, meinem Antrag, die Interpellation vor die beiden Postulate zu setzen, zuzustimmen.

://: Der Rat stimmt mit 22 Ja zu 8 Nein und 7 Enthaltungen dem Tausch der Traktanden zu.

Geschäft Nr. 2722 wird also im Anschluss an Geschäft Nr. 2715 behandelt. Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach der bereinigten Traktandenliste verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2713

Teilrevision Reglement über die Unterstützung der politischen Parteien bei Wahlen und Abstimmungen - 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 16. Februar 2011

Diskussion

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen haben in der 1. Lesung einen Antrag auf Streichung des 2. Teiles des 2. Satzes beim Punkt 3^{bis} gestellt. Wir halten nach wie vor an diesem Streichungsantrag fest, weil wir dies unnötig finden. Wenn die Mehrheit diesem Antrag nicht zustimmt, können wir auch damit umgehen.

Gestrichen werden soll: „Bei Proporzahlen ist pro Liste nur 1 Prospekt erlaubt“.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Christoph Zwahlen

://: Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Reglement über die Unterstützung der politischen Parteien bei Wahlen und Abstimmungen (Ord. Nr. 01.07) vom 23. November 2009 wird gemäss Erlassentwurf geändert.

Das Reglement unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 23. Mai 2011.

Geschäft Nr. 2672

Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Roland Kuny, betreffend "Werterhaltung in der Strasseninfrastruktur"

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Roland Kuny, betreffend "Werterhaltung in der Strasseninfrastruktur" vom 21. Juni 2010
- Antrag des Gemeinderates an den Einwohnerrat vom 4. März 2011

GR Rolf Wehrli: Es liegt eine schriftliche Antwort des Gemeinderates vor und ich gebe gerne Auskunft zu Fragen und Bemerkungen.

Rolf Kuny: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meines Postulats. Der Gemeinderat teilt die Meinung nicht, dass die Strassen allgemein in einem desolaten Zustand sind. Jedoch sind 40% der Strassen, gemäss Strassenerhebung, in einem schlechten Zustand. Das heisst, nicht ganz die Hälfte aller Strassen in Pratteln. In Pratteln gibt es knapp 180 Strassen. Bei einer Lebensdauer einer kompletten Strasse, inklusive Foundation, von 50 Jahren müssten im Schnitt 3,6 Strassen pro Jahr komplett saniert werden oder 36 in 10 Jahren. In den letzten 10 Jahren wurden aber gerade einmal 20 Strassen komplett oder auch nur teilweise erneuert. In absehbarer Zeit muss darum mit einer massiven Zunahme der Erneuerungskosten gerechnet werden. Sanierung mit Belagsersatz ist nicht die Lösung und schiebt das Problem der Instandstellung nur vor sich hin. Bei einer Strasse mit kaputter Foundationsschicht nützt ein neuer Deckbelag nichts, da dieser auch bald wieder reisst und somit Frostschäden im Winter nach sich zieht. Letzten Sommer wurden in der Hexmattstrasse und im Herbst im Dürrenmattweg Werkleitungen ersetzt. Die Baustelle im Dürrenmattweg ist bis heute noch nicht fertig gestellt. Der Deckbelag fehlt immer noch und wartet auf wärmeres Wetter. Auf Belagskeile beim Wasserstein und beim Übergang zum bestehenden Belag wurde verzichtet und dies bildet so eine Unfallgefahr für manchen Velofahrer. Leider wurde in beiden Fällen die Chance verpasst, die Strassen komplett zu sanieren. Stattdessen wurde der Belag nur über dem Werkleitungsgraben ersetzt. Im Strassenbau sollte man möglichst ohne Arbeitsfugen arbeiten. Besonders beim Deckbelag ist die Gefahr gross, dass bei Arbeitsfugen wieder Schäden auftreten. Auch Belagsfugen in den unteren Belagsschichten, der sogenannten Trag- und Binderschicht, können in der Deckschicht wieder Risse verursachen. Gerade solche Fälle gilt es zukünftig zu verhindern und Erneuerungsarbeiten inklusive aller Werkleitungen längerfristig zu planen. Bei diversen Reparaturen Dritter ist der Deckbelag oft ungenügend. Der Belag wurde wellig eingebaut oder hat an den Belagskanten zu bestehendem Belag einen Absatz. Dies führt nicht nur zu einem erhöhten Verschleiss des Belags, sondern auch zu höheren Geräuschemissionen. Oft sind die Mängel auch nicht direkt sichtbar, da der Untergrund zu wenig gut verdichtet wurde und später Setzungen auftreten. Ich bitte den Gemeinderat, auf die Kontrolle vor Ablauf der Garantiefrist höchsten Wert zu legen, damit unsere Strassen nicht zusätzlich durch solche Baufehler in Mitleidenschaft gezogen werden. Der Gemeinderat schreibt weiter, dass ein längerfristiges Konzept zur Sanierung noch nicht besteht, aber es soll mit Hilfe des vorliegenden Zustandskataster erstellt werden. Ich bitte Sie darum, das Postulat noch nicht abzuschreiben, bis ein solches Konzept vorliegt.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit Mehrheit:

://: Das Postulat Nr. 2672 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2641

Bericht der BPK: Mutation Strassen- netzplan Nr. 27 (Niederfeld), Ände- rung der Strassenführung

Aktenhinweis

- Bericht der BPK an den Einwohnerrat vom 20. März 2011
- Antrag des Gemeinderates an den Einwohnerrat vom 29. März 2010

Thomas Sollberger als Präsident der BPK: Ausser unsere Fragen durch die Verwaltung beantworten zu lassen, hat die BPK auch allen Grundeigentümern im Gebiet Niederfeld die Möglichkeit gegeben, sich persönlich zu dieser Mutation zu äussern. Wie sie dem Bericht entnehmen, haben 3 Grundeigentümer von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Das von uns gewählte Vorgehen ist sicher nicht üblich und ziemlich aufwändig. Schon alleine die Termine für alle Teilnehmer zu finden, ist nicht einfach. Mit dem Bauprojekt Planzer II und den Einsprachen dagegen, erschien uns dieses Vorgehen als sinnvoll. Während dieser Anhörungen haben wir festgestellt, dass sich die Kritik nicht gegen die Mutation des Strassenrichtplanes richtet, d. h. gegen die Verlegung des Anschlusses der Verbindungsstrasse vom Brodbeck zum Henkel bzw. Aquabasila-Kreisel, sondern gegen das Wegfallen der rückwärtigen Erschliessung. Dies bedeutet im Klartext Kritik am Strassennetzplan Pratteln-Mitte, den der Einwohnerrat an der Novembersitzung mit letzten Änderungen beschlossen hat, die nötig wurden, weil der Regierungsrat nicht mit allem einverstanden war. Am Strassennetzplan hat der Kanton nichts bemängelt und darum wurden damals in diesem Zusammenhang keine Änderungen nötig. Dieses Schreiben vom Tiefbauamt, das im Bericht auch erwähnt wird, und in dem die rückwärtige Erschliessung verlangt wird, hat uns stutzig gemacht und wir haben mit dem Tiefbauamt Kontakt aufgenommen. Die schriftliche Antwort ist ebenfalls im Bericht enthalten. Zusammenfassend kam die Kommission zum Entschluss, dass die Mutation für alle Beteiligten von Vorteil ist. Für die Eigentümer, weil keine Parzellen geteilt werden, für die Gemeinde, weil Dank weniger Kunstbauten die Kosten tiefer sind, und auch für die Velofahrer, weil so eine sinnvolle Linienführung gemacht werden kann.

Diskussion zum Antrag von BPK und Gemeinderat

Roger Schneider: Im Namen der Fraktion der Unabhängigen und Grünen Pratteln danke ich der BPK für die Abklärungen und den Bericht. Wir haben trotzdem mehr erwartet. Wir finden, dass wesentliche Punkte ausgeblieben sind: Das öffentliche Interesse an dieser Strasse bzw. Strassenverschiebung und den dadurch verursachten Kosten. Zu den einzelnen Punkten: Parzellen werden zerschnitten: Sammelstrassen sind Strassen innerhalb besiedelter Gebiete und haben nur eine örtliche Bedeutung im Strassennetz. Sie sammeln den Verkehr aus den Erschliessungsstrassen und führen ihn zu höheren Strassen oder solchen des gleichen Typs. Sammelstrassen zerschneiden Parzellen nicht, sondern dienen der Groberschliessung dieser Parzellen. Wie soll denn sonst das Industriegebiet Niederfeld erschlossen werden? Kunstbauten über die Bahngleise zu Planzer: Man muss nicht Verkehrsplaner oder Ingenieur sein, um zu sehen, dass auch die neue Variante Kunstbauten benötigt. Diese sind sogar noch umfangreicher, weil das Bahntrasse nicht senkrecht, sondern längs gequert wird und dies neu ausserhalb des Baugebietes im Waldareal und neben einer Naturschutzzone. Ausserdem muss der Radweg gekreuzt werden. Wie soll den das passieren? Diese Variante wird viel teurer und geht zu Lasten der Gemeinde. Die neue Strassenführung hat diese Nachteile nicht, heisst es. Welche Nachteile hat sie denn? Es ist unseriös, zu behaupten, dass sie keine Nachteile hat. Sie hat sogar sehr viele Nachteile, doch dazu später. Die BPK stützt sich bei ihren Ausführungen auf ein Verkehrsgutachten. Wie wir ja wissen, wurde dieses Verkehrsgutachten von der Bauherrschaft, der Planzer AG, in Auftrag gegeben. Es kann also nicht von einer neutralen, unabhängigen Studie ausgegangen werden. Wie beurteilt

die BPK die Qualität dieses Gutachtens? Wurde die Ausarbeitung eines unabhängigen Gutachtens in Betracht gezogen? Zur rückwärtigen Erschliessung: Eine verkehrsintensive Nutzung auf dem Areal entlang der Hardtstrasse soll plötzlich in einem Quartierplan geregelt werden, nachdem das restliche Areal, der weitaus grössere Teil, ohne einen Quartierplan überbaut werden konnte. Und wieder soll ein Verkehrsgutachten den Beweis erbringen, dass eine solche Nutzung möglich sein soll. Diese Forderung ist nicht nachvollziehbar. Warum ist nicht über das ganze Gebiet eine Quartierplanpflicht eingeführt worden? Zum Veloweg: Der Verlauf der kantonalen Radroute und der kommunalen Fusswege wird mit der neuen Linie nicht beeinträchtigt, heisst es. Diese Aussage stimmt nicht. Jeder und jede mit Grundkenntnissen im Planlesen sieht, dass im Gegensatz zur alten Version die Radroute neu von dieser Sammelstrasse gekreuzt wird. In diesem Fall muss die Linienführung noch vor dem Strassenbau im Detail geprüft werden. Hier wird mit verschiedenen Ellen gemessen. Warum macht man dies nicht für die Strasse, im Detail noch etwas genauer anschauen, was das heisst und auch zu den Kosten? Wir sind entschieden der Meinung, dass auch vor der Festlegung des Verlaufes der Industrie- und Gewerbesammelstrasse, die Linienführung im Detail zu prüfen ist. Dabei sind folgende Fragen zu beantworten: Welche Kunstbauten fallen an. Wie viel Wald, Natur usw. gehen verloren? Welche Verkehrsprobleme vermögen diese verschiedenen Varianten zu lösen? Wie wird der Konflikt mit der Veloroute gelöst? Das öffentliche Interesse wird von der BPK nicht einmal angeschnitten. Kann sie denn die Frage beantworten, ob die Verlegung einem öffentlichen Interesse entspricht, obwohl dafür Wald geopfert wird, dem Steuerzahler mehr kostet und Verkehrsprobleme nur verlagert und eine längere Anfahrt zur Autobahn erzwingt? Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen sagt klar Nein zu dieser auf reinen Privatinteressen bestehenden Mutation, die in keiner Art und Weise öffentlichen Interessen dient.

Gert Ruder: Die SP-Fraktion ist nicht derselben Meinung wie die Unabhängigen und Grünen, sondern der Meinung, dass, auch wenn es etwas lang gegangen ist, der Bericht der BPK in sich die richtigen Schlüsse enthält. Wir haben lediglich die Problematik des Radweges festgestellt. Dies hat auch die BPK unter Punkt 4 festgestellt und dort schreibt sie „Ziel ist ein kreuzungsfreier Radweg“. Wir wissen auch, dass die BPK nicht die Aufgabe hat, solche Papiere zu korrigieren und neue Pläne zu erstellen. Die BPK hat lediglich die Aufgabe, wenn ein Geschäft wie dieses hier vorliegt, zu überprüfen und Schlüsse daraus zu ziehen. Niederfeld und dannzumal auch Dürrenhübel wurden in einer solch rasanten Art und Weise Mutationen und Änderungen unterstellt, dass man niemals mit Plannachführungen nachgekommen ist. Deshalb haben wir gerade auf dem langen Papier, zum gleichen Geschäft auf den kleinen Plänen, verschiedenste Ausgangslagen verschiedenster Zeitpunkte. Das Planzergebäude beispielsweise ist noch nirgends enthalten. Wir haben dort auch schon eine Tramschneise geplant und diese ist auch nirgends mehr, logisch, die ist nicht mehr nötig, weil das Tram jetzt nach Salina Raurica fährt und zwar durch den Gallenweg und nicht mehr dort hinten. Wir sind auch der Meinung, dass es in diesem Fall nicht wesentlich ist, ob es sich nun um öffentliche oder private Interessen handelt. Die Erschliessung über diesen Kreisel ist richtig, wenn es dort eine neue Strasse braucht. Auf dem bestehen, was ursprünglich gezeichnet wurde und in sich nicht sinnvoll war und würde für mich mit Bestimmtheit mehr Kunstbauten brauchen, als das nun Vorgesehene. Wenn man durch das für euch doch so schützenswerte Waldstückchen, das eigentlich nur ein Hundeversäuberungsplatz ist, wenn man dort einige Bäume beseitigt, so werden dort immens weniger Bäume beseitigt, als für das wenige Meter entfernte Projekt der Froschansiedelung. Ich bitte euch, hier die Verhältnismässigkeit zu sehen. Wenn eine Strasse dort unten notwendig ist, ist sie über den Henkelkreisel richtig angeschlossen. Uns ist noch wichtig, und da sind wir uns einig mit den Unabhängigen und Grünen, ist, dass der Radweg wirklich kreuzungsfrei sein muss. Damit der Radweg auch wirklich kreuzungsfrei wird, habe ich einen geänderten Beschlussesentwurf auf den Tisch gelegt. Dort steht: „Für die spätere Planung und Ausführung ist ein kreuzungsfreier Radweg (Persilweglein/Salinenweglein) zwingend vorzusehen.“ Wenn es nicht im Beschlussesentwurf steht, sondern nur im Text, hat es keinen verbindlichen Charakter und geht irgendwann vergessen. Ich glaube nicht, dass diese Strasse in den nächsten

beiden Jahren gebaut wird, zumal noch eine Querung über die Nationalstrasse nötig ist und dort bestimmen andere Leute den Bauzeitpunkt. Um ein Weiterplanen zu ermöglichen, bitte ich im Namen der SP-Fraktion, dieser Vorgehensweise, wie sie die PBK vorschlägt, mit der erwähnten Ergänzung zuzustimmen. Auch für die spätere Planung und Ausführung ist damit ein kreuzungsfreier Radweg (Persilweglein/Salinenweglein) zwingend vorzusehen. Bitte stimmen sie dieser Ergänzung zu.

Stefan Löw: Die FDP-Fraktion schliesst sich den Worten von Gert Ruder im grossen und ganzen an. Einige Ergänzungen aus Sicht unserer Fraktion: Wir verdanken die Arbeit der BPK herzlich. Es war ein grosses Engagement, die Unterlagen so parat zu machen. Wir sind auch der Meinung, dass die Kompensation des Waldes gegeben ist und dies auf eine sehr sinnvolle und spannende Art. Weiter ist der Kreisel bereits vorhanden und man kann dort anhängen und schafft eine Strasse, die frei ist und der Verkehr sich dort flüssig bewegen kann, was auch für den Umweltschutz einiges an Vorteilen bringt. Darum empfehlen auch wir, dem Bericht zuzustimmen. Zur Mutation (SP-Vorlage); es handelt sich um die Nummer 2641 und nicht 2041 wie aufgedruckt und auch wir stimmen im Sinne einer unfallfreien Querung dieser Ergänzung zu.

Fredi Wiesner: Der Präsident der BPK hat die notwendigen Ausführungen zum Bericht mündlich gebracht und auch die Vorredner haben noch ergänzt, so dass wir nun der Mutation Nr. 27 zustimmen können, was die Fraktion der SVP auch machen wird. Etwas Mühe habe ich mit dem Votum von Roger Schneider der Unabhängigen und Grünen. Ich denke, auch von ihnen war ein Vertreter in der BPK und als ich das nun angehört und versucht habe zu verstehen, war alles, was die BPK gemacht hat, falsch - vielleicht habe ich nun etwas übertrieben - und wenn so viel nicht richtig sein sollte, müsste das schon in der Kommission kommen und nicht nachher ein einstimmiger Antrag an den Einwohnerrat vorliegen. Sonst können wir uns die Kommissionssitzungen sparen und herinnen darüber diskutieren.

Roger Schneider: Zu Gert Ruder: Der Kanton wollte ja, dass wir Zurlinden nach Muttenz exportieren und zwar aus dem Industrieareal ins Waldareal. Es bleibt Waldareal, sieht etwas anders aus, aber der Wald ist nicht wegen der Amphibien weg gekommen, sondern schon vorher durch den Kiesabbau. Zu den Kosten: Wir haben ein Strassenreglement und darin steht in § 31 zur Verteilung der Baukosten nichts über Strassen, die nicht im Siedlungsgebiet liegen. Dort wird behandelt, wie die Verteilung im Industrie- und Gewerbegebiet und im restlichen Baugebiet ist. Ausserhalb Baugebiet ist mir nicht bekannt und ich möchte vom Gemeinderat wissen, welches die Mehrkosten für die Gemeinde bei der neuen Variante sind.

GP Beat Stingelin: Zuerst zur Veloroute: Der Einwohnerrat, nicht alle, aber viele, war einmal bei Herr Planzer und damals hat Herr Planzer gesagt, er würde eine Brücke bauen, weil er selber Velofahrer ist und sich nervt, wenn er nicht durchfahren kann. Darum ist der Antrag der SP richtig. Versprochen wurde es und ich bin auch überzeugt, dass es so gebaut wird, wenn es so weit ist. Das hat er euch vor einem Jahr oder etwas länger mitgeteilt. Fragen an die Kommission wird der Kommissionspräsident beantworten. Zu den Kosten: Die Gemeinde steht mit dem Kanton in Diskussion über die Kosten und wer dies übernimmt, weiss man noch nicht. Wir haben mit dem Regierungsrat darüber diskutiert, bereits früher mit Frau Schneider, dann mit Jürg Kähenbühl und nun geht es mit jemand Neuem weiter. Ihr könnt sicher sein, wir werden uns einsetzen, dass der Kanton einen Teil übernimmt. Warum wurde kein Quartierplan gemacht? Im Jahr 2004 lag die Baubewilligung vor und wir konnten zustimmen, weil gar nichts anderes mehr möglich war. Zur Entlastung des Gemeinderates: Dieses wurde vorher gemacht und dort war kein Quartierplan vorgesehen.

Thomas Sollberger: Wir dürfen nicht vergessen, und dies geht vor allem an Roger Schneider, dass sich diese Mutation ausschliesslich auf das geänderte Anschliessen an den anderen Kreisel bezieht. Alles Andere ist nicht Bestandteil dieser Vorlage.

Abstimmung über den Antrag von Gert Ruder

Der Rat beschliesst einstimmig die Aufnahme von folgendem Passus:

://: Für die spätere Planung und Ausführung ist ein kreuzungsfreier Radweg (Persilweglein/Salinenweglein) zwingend vorzusehen.

Abstimmung über den Antrag von BPK und Gemeinderat

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Der Einwohnerrat stimmt der Mutation Nr. 27 (Niederfeld) des Strassennetzplanes zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens.

Die Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 23. Mai 2011.

Geschäft Nr. 2715

Sondervorlage, Bewilligung eines Nachtragskredites von CHF 950'000.-- für die Erneuerung der Schwimmbadfolie sowie neuer Steuerschrank

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates an den Einwohnerrat vom 22. März 2010

GP Beat Stingelin: Es handelt sich um viel Geld, das wir hier für die Allgemeinheit ausgeben. Dies ist aber dringend notwendig, damit unser Schwimmbad weiterhin Bestand haben wird und sich die Leute dort verweilen können. Im Rahmen der Budgetdiskussion wurde eine Sondervorlage verlangt. Damals wussten wir nicht, ob KASAK ihren Teil dazu beiträgt und nun sehen wir, dass der Kantonsbeitrag CHF 332'850.00 (35%) beträgt. Die Folie ist 21 Jahre alt. Letzte Woche war ich im Schwimmbad und Ruedi Suter, der unter den Zuschauern ist, hat gerade das Becken geputzt und gesagt „Hoffentlich geht sie nicht kaputt“, sonst können wir dieses Jahr nicht baden. Die Weichmacher sind nach den 21 Jahren total entwichen. Heute dürfte man eine solche Folie mit so viel Weichmacher nicht mehr herstellen. Heute sollen solche Folien 15 Jahre halten und wenn wir noch 2 Jahre dazugeben, ist dies eine gute Zeit. Die Sportplatzkommission hat dies auch diskutiert und ist einstimmig für den Ersatz der Folie, damit die Sicherheit gegeben ist, dass das Wasser nicht wegläuft. Wenn irgendwo ein Riss ist, wissen wir, dass irgendwo Wasser versickert und wir Wasser nachpumpen müssen. Daher bitte ich sie, dem Kredit zuzustimmen, so dass wir Ende Saison mit den Arbeiten beginnen können und dass die neue Folie auf die folgenden Saison gelegt ist.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

Erich Weisskopf: Einige Fragen wurden vom Gemeindepräsident beantwortet, aber zu dieser Sondervorlage haben wir von der Fraktion noch einige Fragen. Was hier vorliegt, ist wirklich keine mustergültige Vorlage des Gemeinderates. Schon im Jahr 2010 wurde die Chlordosieranlage ersetzt. Man musste also schon damals erkennen, dass eine grosse Sanierung von gegen CHF 1 Mio. ansteht. Das ist für uns von der SVP eine ko-

mische Finanzpolitik. Auch wenn die KASAK II Beitragszusicherung vom Regierungsrat vom 14.12.2010 noch nicht definitiv gewesen ist, hätte man doch die Kosten aufzeigen sollen und nicht nur CHF 250'000 ohne erklärenden Kommentar ins Budget 2011 aufnehmen. Ein Nachtragskredit von CHF 950.000 zu einem Budget von CHF 250'000 steht doch in keinem normalen Verhältnis. Die maximale Sanierung würde nämlich CHF 1.165 Mio. brutto kosten und mit den Abzügen von KASAK II und weiteren Kantonssubventionen CHF 950'000. Unsere Forderung: Wir wollen für die Zukunft vom Gemeinderat aussagekräftigere Vorlagen zum Studium erhalten und da muss der Gemeinderat noch umlernen, wie man das macht. „Sandgruben“ heisst bald „Geldgruben“; auch die KASAK-Gelder sind Steuergelder von uns. Hätte man das alles schon zum Zeitpunkt der Kunst-rasenbewilligung gewusst, ich weiss nicht, wie das Resultat dann gewesen wäre.

Bruno Baumann: Erich, deine Rechnung kann ich nicht nachvollziehen, aber ich bin gespannt, was der Gemeinderat dazu noch sagen wird. Dass die 21-jährige Folie ersetzt werden muss, ist uns allen klar und dies zeugt auch, dass ein wirklich guter Unterhalt geleistet wurde - auch dies gehört einmal gesagt und nicht nur: Dies ist schlecht und Jenes ist schlecht. Wenn die Folie eine Lebensdauer von 15 Jahren hat, darf man diese nach 21 Jahren ohne weiteres ersetzen und diese lange Dauer ist auf einen sehr guten Unterhalt zurück zu führen. Wir von der Fraktion haben dies diskutiert und gefunden, dies muss sein. Die Schulen gehen dorthin, dort findet Unterricht statt und, wenn wir es jetzt nicht machen, wird es noch teurer. Darum stimmt die SP-Fraktion diesem Kredit klar zu.

Andreas Seiler: Wir von der FDP-Fraktion sind mit der Vorlage zufrieden und für Zustimmung. Ich weiss nicht, was man an dieser Vorlage noch verbessern soll. Es ist genau beschrieben, warum dieser Betrag nicht im Budget ist. Er war in der Investitionsrechnung vorgesehen und die Vorlage enthält alles, was wir wissen müssen und können guten Gewissens zustimmen und empfehlen dies allen anderen auch.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist auch für Zustimmung. Pratteln ist weit herum ein beliebtes Bad und die Leute kommen von Fern und Nah, und darum sind wir froh, dass die KASAK-Gelder genutzt werden; dies gibt uns einen kleinen Zustupf an die Zentrumsleistung, die wir hier erbringen. Zur Lebensdauer der Folie: In Liestal hat die Folie sogar 30 Jahre gehalten. Dies ist auch von der Beanspruchung her unterschiedlich. Wenn es Risse gibt, muss mehr Frischwasser zugeführt werden, was auch kostet und mit der Frischwasserzufuhr wird das Becken kälter, was bedeutet, dass die Leute bei weniger schönem Wetter in kaltem Wasser baden müssen. Die Unabhängigen haben schon mehrfach nach dem Konzept der Sandgruben gefragt und es wäre schön, wenn es vorliegt und man sieht, dass eine Erwärmung des Beckens vorgesehen ist, aber da lassen wir uns in der Fragestunde überraschen. Ich hoffe, dass auch sie zustimmen.

GR Max Hippenmeyer: Die Kritik der SVP kann nicht unwidersprochen bleiben und ich weise diese in aller Form zurück. Die Schwimmbadfolie ist seit Jahr und Tag im Investitionsprogramm enthalten. Ausführungstermin wäre 2012 gewesen und wir haben sie darum nicht ins Budget genommen, weil wir nicht sicher waren, ob die KASAK-Beiträge schon dieses Jahr gesprochen werden; nun müssen wir es vorziehen und darum der Nachtragskredit. Die SVP hat wiederholt kritisiert, wir machten zu optimistische Budgets und nun ist nur das budgetiert, wo wir sicher sind, dass wir es brauchen und das, was wir eventuell brauchen, nicht. Wie man es macht, ist es euch nicht recht und dies ist manchmal mühsam.

Urs Hess: Die Vorlage hier ist gerade so mühsam und dort könnte der Gemeinderat etwas mehr aufdecken. Wenn ich die ganze Vorlage anschau, wird die Betonsanierung und die Sanierung der Filteranlage mit Null Franken eingesetzt, weil man CHF 250'000 im Budget hat. Effektiv braucht man diese CHF zusätzlich zu den anderen CHF 950'000, sonst stimmt etwas in der Vorlage nicht, also gehört die ganze Sache aufgedeckt und die Sondervorlage gehört über alles und nicht nur einen Teil. Erich Weisskopf hat schon ge-

sagt „Man kommt jetzt wieder mit der Schwimmbadfolie“. Diese wurde gut gewartet und hat ihr Alter erreicht und sie muss ersetzt werden. Wir haben nichts dagegen, dies gehört zum Unterhalt. Ich muss trotzdem sagen, dass man in der Vorlage nicht sieht, was ist ein normaler Wasserverlust, wann beginnt man mit einem Ersatz der Folie, wenn sie brüchig wird, wenn allenfalls der Wasserverlust steigt und ich vermisse nach wie vor in der Sandgrube ein Konzept und habe erwartet, dass der Gemeinderat mit einem Sandgrubenkonzept kommt und anschliessend kann man hinter die Folie gehen. Wie haben selbstverständlich nichts gegen den Ersatz dieser Folie, aber die Vorlage ist nicht sehr optimal.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Der Nachtragskredit von CHF 915'500.-- für die Erneuerung der Bassinfolie und einen neuen Steuerschrank im Schwimmbad wird genehmigt.

Dieter Stohler: Das Ehepaar Suter, Schwimmbadmeister, welches an dieser Einwohneratssitzung anwesend ist, wird sich über diesen Entscheid freuen und an dieser Stelle möchte ich Dankeschön sagen, für die tägliche Arbeit für das Schwimmbad und für Pratteln und ich bin sicher, dass ihr mit einer sorgfältigen Handhabung dafür sorgt, dass die Folie nicht nur 15, sondern 25 Jahre lang hält. Danke.

Geschäft Nr. 2722

Interpellation der SP-Fraktion, Rös Graf, betreffend "Evakuierungspläne"

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Rös Graf, betreffend "Evakuierungspläne vom 24. März 2011

GR Ruedi Brassel: Diese Interpellation fragt nach Evakuierungsplänen im Zusammenhang mit Erdbeben und den von dort ausgehenden Gefahren vom AKW. In Bezug auf die Evakuierungspläne muss man sagen, dass es nichts Konkretes gibt. Wir müssen uns aber zuerst mit dem Erdbeben bzw. den davon ausgehenden Gefahren befassen und nachher auf die umliegenden AKW kommen. Welche Folgen hätte ein Erdbeben von der Stärke 7, wie es in Basel 1356 auftrat und was sind die Auswirkungen auf unsere Region und insbesondere auf Pratteln? Was spezifisch Pratteln betrifft, kann man nicht sehr viel sagen. Es gibt keine Untersuchungen dazu, aber man kann extrapolieren, was in Bezug auf die Folgen eines massiven Erdbebens in der Region Basel und im Wallis und teilweise in Graubünden alle ca. 1'000 Jahre vorkommen kann. Das letzte war vor 650 Jahren und ein solches Erdbeben hätte massive Schäden zur Folge: Sachschäden in der Größenordnung von 50 – 100 Milliarden Franken, tausende von Toten, zehntausenden von Verletzten und beschädigten Gebäuden und bis zu 100'000 Obdachlosen. Man kann natürlich nicht sagen, wo was passiert, weil das Epizentrum entscheidend für die Schwere der Folgen ist. Man sieht, dass man ein solches Erdbeben in einer Zone wie der Oberen Rheingegend ernst nehmen muss, und ein deutlich erhöhter Gefahrenherd vorliegt als in anderen Regionen. Wenn wir nun auf die AKW zu reden kommen, kann man sagen, dass die grösste Gefahr nicht von Beznau, weniger von Leibstadt und Gösgen, sondern dass die grösste Gefahr vom AKW Fessenheim ausgeht, dass im Rheingraben in 40 Km Entfernung liegt. Man hat nun in Fukushima, Japan, gesehen, dass die Kilometer nicht der Massstab sind; man musste von der engen Gefahrenzone aus immer weiter gehen

und auch die Evakuierung immer wieder erweitern. Voraussehen, wo im aktuellen Fall evakuiert werden muss, kann man natürlich nicht. Man wird sich vermehrt damit auseinandersetzen müssen, dass man solche Evakuierungen vorbereitet. So viel zur Frage 1 und nun zur Frage 2: Die AKW in der Schweiz sind ursprünglich für Erdbeben in der Stärke von 5 gebaut und später nachgerüstet worden, angeblich sollen sie einem Beben mit der Magnitude 7 auf der Richterskala standhalten. Eine solche Nachprüfung ist am 18. März vom ENSI (Eidg. Nuklearsicherheitsinstitut) verlangt worden. Am 31. März wurden die Gutachten abgeliefert und werden gegenwärtig überprüft. Für Mühleberg besteht erheblicher Zweifel. Für uns wichtiger als die 3 in der Interpellation aufgeführten AKW ist die Situation in Fessenheim, wo man heute schon von Rissen redet, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten bestehen sollen. Gerade von dort und durch die höhere Wahrscheinlichkeit eines Bebens im Rheintalgraben geht eine erhöhte Gefährdung aus; wir kommen nachher noch auf diese Problematik zu reden. Zur Frage 3: Evakuierungspläne im Umfeld von 30 km gibt es überhaupt nicht. Was vorgesehen ist, sind Massnahmen in der ersten Gefahrenzone von 5 km und in der zweiten Gefahrenzone sieht man das Verteilen von Jodtabletten vor und wir wissen alle seit Fukushima, dass diese verharmlosten Planspiele überholt und zu überdenken sind. Wir können heute nicht sagen, was genau jetzt kommen muss, aber es laufen Untersuchungen auch in Bezug auf Erdbeben ohne nukleare Schäden. So wurde angeordnet, die Planung für die Evakuierung im Raum Pratteln bzw. im ganzen Kanton vorzulegen bis Ende 2011. Dieser Auftrag ist bereits letztes Jahr vom Amt für Bevölkerungsschutz erteilt worden. Im ersten Quartal 2012 wird das Amt für Bevölkerungsschutz das aufarbeiten und in eine Übung einbauen, die im Mai 2012 zur Erdbebensituation und Gefahr in unserer Region stattfinden soll. Dies scheint mir sehr wichtig; es geht nicht darum, Papierkonzepte zu machen und in einer Schublade zu versorgen und im Notfall holt man diese Papiere aus der Schublade und probiert diese umzusetzen. Solche Prozesse müssen geübt werden und zwar in grossen Übungen und mögliche Pannen und Fehler, die auf jeden Fall passieren, möglichst zu minimieren. Die nukleare Situation würde massiv mehr Probleme bieten, aber auch ein Erdbeben der Stärke 7 wird verschüttete Strassen, zusammengebrochene Häuser, defekte Fluchtwege, kaputte Bahnlinien, Infrastruktur, die nicht mehr funktioniert, Spitäler, die, wenn sie überhaupt zugänglich, massiv überfüllt sind usw. usw. Also eine ganze Reihe riesiger Probleme, die man im Epizentrumsgebiet erlebt. Man muss die Fähigkeit entwickeln, das Wichtigste möglichst schnell zu machen und dies muss geübt werden. Was nicht gemacht werden kann, und damit komme ich zur Evakuierung im Besonderen. Was nicht gemacht werden kann, ist eine Evakuierungsplanung von Pratteln aus. Man stellt sich vor, jede Gemeinde würde Evakuierungspläne für sich selber machen... Dies ist ein Ding der Unmöglichkeit. Evakuierungspläne können nur mit einer minimalen zentralen Steuerung ablaufen und richten sich nach den dannzumaligen Gefahren, die die Evakuierung notwendig machen. Dies sind beispielsweise Strahlenwirkungen von beschädigten AKW. Aber wir müssen sagen, dass wir in Pratteln auch andere Gefahren haben, die mit der Chemischen Industrie zusammen hängen, die man auch in solche Evakuierungsüberlegungen einbauen muss. Diese Auswirkungen dürften in der Flächenwirkung nicht einen solchen Umfang haben, wie ein Supergau im AKW und trotzdem sind sie sehr ernst zu nehmen. Die Fragen 5 und 6 wurden im Prinzip bereits beantwortet; es gibt noch keine konkreten Evakuierungspläne. Die nationalen und kantonalen Behörden haben mittlerweile erkannt, dass hier Handlungsbedarf besteht und sind daran, solche Planungen zu entwickeln. Wichtig ist, dass man allen an diesem Prozess beteiligten Behörden im Lernprozess etwas weiterhilft. Entsprechende Informationen gibt es daher nicht und zu Bezugsorten kann ich nur sagen „Immer wieder nachfragen“.

Der Rat stimmt der Diskussion stillschweigend zu.

Rös Graf: Ich danke GR Ruedi Brassel herzlich für die ausführlichen Antworten und habe noch eine Frage, die Pratteln betrifft. Du hast kurz erwähnt, aber keine Details angesprochen: Wie ist es, wenn ein Chemieunfall auf den Transportwegen, beispielsweise

der Autobahn oder bei einer Zugsdurchfahrt, passiert? Wie wird die Bevölkerung informiert, was ist vorgesehen? Gibt es in einem solchen Fall Informationen?

GR Ruedi Brassel: Ich bin nun nicht auf das eingegangen, weil in der Interpellation primär nach den Nukleargefahren gefragt wurde. Selbstverständlich gibt es diese Informationsdispositive, dies hört man auch immer wieder. Es gibt einen Sirenenalarm, die Aufforderung, die Fenster zu schliessen und Radio zu hören und dort werden die entsprechenden Informationen kommen. Je nach dem, im Fall eines Erdbebens durch wahrscheinlich nur teilweise vorhandene Mitglieder der Sicherheitsorgane wie Feuerwehr und Zivilschutz, gibt es Information direkt im Quartier, weil nicht Alle gerade zwingend am Radio sitzen. Die „normalen“ Informationsdispositive bestehen für diesen Fall auch. Man muss aber auch davon ausgehen, dass effektiv chaotische Situationen entstehen und man vor Ort informieren muss.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2720

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Trinationaler Atom-Schutzverband (TRAS)"

Geschäft Nr. 2723

Postulat der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend "Beitritt zum TRAS Trinationaler Atomschutzverband)"

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Trinationaler Atom-Schutzverband (TRAS)" vom 21. März 2011
- Postulat der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend "Beitritt zum TRAS (Trinationaler Atomschutzverband)" vom 28. März 2011

Verfahren

Dieter Stohler: Die beiden Geschäfte sind von Inhalt und Begehren her nahezu identisch und daher rechtfertigt es sich, bei der Behandlung der Voten diese beiden Postulate zusammen zu fassen und auch der Gemeinderat, der vielleicht beide oder keines überwiesen haben will, darf, wie auch die Fraktionssprecher, sich zu beiden Postulaten gemeinsam äussern. Bei der Abstimmung hingegen wird zuerst über Geschäft Nr. 2720 abgestimmt und sollte dieses Postulat überwiesen werden, ist Postulat 2723 nicht mehr überweisbar und obsolet, weil man nicht zum gleichen Thema 2 Postulate überweisen kann; siehe Geschäftsreglement des Einwohnerrates 3.1.3.1.

GR Ruedi Brassel: Wir haben vorher über diese Problematik geredet und ich musste sagen, dass vorderhand keinerlei konkrete Evakuierungspläne bestehen. Wir hoffen ja, dass nie irgendwelche Evakuierungspläne umgesetzt werden müssen. Im Prinzip liegt es an uns, möglichst zu vermeiden und dazu beizutragen, dass die Gefahren, die solche Evakuierungen nötig machen, eliminiert werden und genau dies ist das Ziel des Trinationalen Atomschutzverbandes, der in Bezug auf Atomkraft in der Region, heute fixiert auf das AKW Fessenheim, probiert, dessen Abschaltung zu erreichen. Wenn wir in Pratteln etwas dazu beitragen, könnte nicht zuletzt sein, diese Bemühungen zu unterstützen. Darum hat der Gemeinderat beschlossen, beide Postulate entgegen zu nehmen.

Stephan Ackermann: Ich bitte euch, beide Postulate an den Gemeinderat zu überweisen. Es freut mich besonders, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Das zeigt mir, dass auch beim Gemeinderat seit 2007 ein Meinungsumschwung stattgefunden hat; dies aber nicht nur beim Gemeinderat. Viele Leute, auch in meinem Umfeld, stehen nicht mehr so hinter der Atomkraft wie vor wenigen Monaten. Japan hat uns gezeigt, dass auch ein technisch sehr weit entwickeltes Land plötzlich mit einem AKW Probleme haben kann, vor allem nach einer Naturkatastrophe. Vorher wurde uns bei der Beantwortung der Interpellation aufgezeigt, dass auch wir in einem gefährdeten Gebiet sind und dass unser Fokus auf Fessenheim liegen sollte. Für mich geht es hier nicht um eine Diskussion pro oder kontra Atomkraft oder möglichst schnell auszustiegen oder doch noch drin zu bleiben, sondern darum, dass Pratteln dem Atomschutzverband beitreten soll. Dies ist ein deutliches Zeichen, das wir als Gemeinde setzen können und gegen diesen Gefahrenherd sind. Der Atomschutzverband setzt sich dafür ein, dass Fessenheim abgestellt wird. Gerade in dieser Zeit ist wichtig, klare Stellung zu beziehen, weil es in Frankreich darum geht, wie lange Fessenheim noch am Netz bleiben darf. Wie wir wissen, ist dies das älteste AKW in Frankreich, das noch Strom produziert und wie auch GR Ruedi Brassel erläutert hat, hat das AKW gewisse Risse. Es ist wichtig, eine solche Gefahrenquelle zu eliminieren, bevor sie ein Problem verursachen kann. Ich bitte euch daher, dieses Postulat zu unterstützen, damit der Atomschutzverband weitere Mittel hat, aber auch politisch noch besser da steht; auch Pratteln will kein AKW Fessenheim vor der Nase.

Mario Puppato: Die beiden TRAS-Postulate waren im Mittelpunkt der FDP-Fraktionssitzung. Sie betreffen nicht nur das AKW Fessenheim, sondern die ganze zukünftige Energiepolitik, wenn man die Statuten TRAS genau anschaut. Unsere Fraktion nimmt wie folgt Stellung: Wir unterstützen vorbehaltlos die Planung eines geordneten Rückzugs aus der Energiegewinnung durch AKW. Dieser Rückzug muss wesentlicher schneller erfolgen, als bis vor kurzem geplant. Ein sofortiger Ausstieg ist aber unrealistisch. Aus Sicht unserer Region ist das AKW Fessenheim veraltet und liegt zudem in einer Erdbebenzone. Die FDP wird alle Aktionen unterstützen, die sich direkt auf die möglichst schnelle Stilllegung dieses AKW beziehen. Der Bedarf an Energie kann aber nicht wegdiskutiert werden. Deshalb müssen Massnahmen ergriffen werden um einerseits Energie einzusparen und andererseits Investitionen für die Gewinnung erneuerbarer Energie zu tätigen. Die nachfolgenden Überlegungen beschränken sich auf die elektrische Energie, obwohl Energieträger im Prinzip austauschbar sind. Ungeachtet dessen, dass der geordnete Ausstieg aus der Kernenergie vor allem auf nationaler und auch internationaler Ebene geplant und durchgesetzt werden muss, haben wir auch regional und lokal Möglichkeiten, betreffend Stromeinsparungen und Gewinnung von erneuerbarer Energie Nägel mit Köpfen zu machen! Auf kantonaler Ebene müssen sich die Gemeinde und unsere Landräte dafür einsetzen, dass Solaranlagen generell erlaubt werden und Einschränkungen nach Zonen aufgehoben werden. In der heutigen Situation ist es nicht mehr haltbar, dass Solaranlagen im Dorfzentrum verboten werden. So können wir auf den riesigen Dachflächen nach Süden im Dorfzentrum Solaranlagen erstellen. Die Anstrengungen der EBL und der EBM an der Ergolz und an der Birs, kleine Wasserkraftwerke zu modernisieren oder neu zu bauen, werden auch heute noch systematisch verunmöglicht. Der Kanton muss umdenken und neue Regelungen treffen, dass Denkmalschutz, Baubehörden und Naturschutzorganisationen aller Art, nicht mehr alle Anstrengungen torpedieren oder so verteuern können, dass die Gewinnung erneuerbarer Energie unmöglich wird. Aber auch bezüglich Einsparungen können wir Nägel mit Köpfen machen: Sie haben ein Postulat der FDP auf dem Tisch. Dieses regt an, dass unsere Gemeinde eine Aktion unternimmt, damit alte, stromfressende Glühbirnen eingesammelt und durch die neuen stromsparenden ersetzt werden. Wir können damit ein Zeichen setzen und ausweisen, wie viele Watt wir mit einer solchen Aktion einsparen. Als weitere mögliche Intervention wäre eine kostenlose Beratung aller Haushalte betreffend elektrischer Geräte, welche übermässig Strom fressen, denkbar. Eine solche Aktion könnte z.B. gemeinsam mit Energielieferanten und Fachgeschäften durchgeführt werden. Solche Aktionen führen nicht nur zur Einsparung von Strom, sondern wecken auch das Be-

wusstsein unserer Bevölkerung, dass wir selbst etwas dazu beitragen können, dass der Ausstieg aus der Kernenergie schneller realisiert werden kann. Die FDP ist also - im Bewusstsein, dass es sehr grosse Anstrengungen braucht, bis Einsparungen im Prozentbereich erreicht werden, wir reden ja von 38%, die in der Schweiz eingespart werden sollen - aktiv und will zielgerichtet vorgehen. Sie wird sich dafür einsetzen, dass die Energieziele erreicht werden. Dazu gehören einerseits die Ausübung von Druck auf die französische Regierung, Fessenheim stillzulegen, andererseits aber auch die vorher deklarierten Ziele für Investitionen in erneuerbare Energien und Einsparungen. Einen Beitritt zur Organisation TRAS lehnen wir aber ab, würde ein solcher doch bedeuten, dass wir einer politischen Organisation beitreten, welche gestützt auf ihren statutarischen Zweck zum Teil Meinungen vertritt (respektive vertreten muss), welche wir nicht vorbehaltlos unterstützen können. Bei der TRAS handelt es sich um eine politische Organisation, die viel weiter geht als nur gegen Fessenheim. Gegen Fessenheim ja, aber einer politischen Organisation beitreten, die viel weiter geht, wollen wir nicht. Lieber verdoppeln wir, wie wir geschrieben haben, das Geld und setzen es in Pratteln für Energiesparmassnahmen ein.

Urs Schneider: Es handelt sich um ein sehr emotionales Thema und wir haben an unserer Fraktionssitzung sehr lange darüber diskutiert. Wir hatten Ausschweifungen wie kann man in Zukunft Energie gewinnen, wie schnell kommt man von der Atomenergie weg usw. das Postulat möchten wir grundsätzlich überweisen. Der Antrag lautet „Der Gemeinderat prüft und berichtet über den Beitritt der Gemeinde Pratteln“ und dies stört uns. Prüfen und berichten ist gut, aber er soll nicht über einen Beitritt berichten, sondern auch berichten, warum will er dazu, als was will er dazu (als Mitglied oder als Gönner). Es geht allen um das gleiche. Wir wollen keine Probleme mit Fessenheim, das ist unbestritten und dieses sollte man möglichst schnell herunterfahren, dies ist unbestritten und für das muss man nicht unbedingt Mitglied sein, man kann dazu auch Gönner sein. Mit dem weiteren, was TRAS noch will, haben auch wir eine gewisse Mühe. Momentan ist es ein schwieriges Thema und wenn man von Anfang an sagt, man wolle keine neuen AKW, ist dies vielleicht auch ein Schnellschuss. Das Ganze muss überdacht werden und die nächste Zeit zeigt, in welche Richtung wir gehen müssen. Ich hoffe, dass der Gemeinderat zuerst berichtet und dann sagt, wir wollen als Gönner oder als Mitglied beitreten, dass man auch, falls Fessenheim einmal abgestellt ist, wir als Gönner oder Mitglied dabei bleiben oder wieder austreten.

Stefan Löw: Als Einreicher dieses Postulates gebe ich ihnen einige ergänzende Gedanken mit, warum wir lieber in diese Richtung gehen und euch beliebt machen, dem TRAS nicht beizutreten und die verfügbaren Mittel proaktiv für Pratteln einzusetzen. Ich und unsere Fraktion sind der Meinung, es sei eher eine Alibiübung und wir beruhigen unser Gewissen, werden aber nicht aktiv. Es braucht eine grosse Gemeinde in unserem Kanton, und das sind wir, die ganz klar zum Ausdruck bringt, eventuell auch über die Presse, dass wir beginnen, Einsparungen zu machen und dies proaktiv und mit einem Auftrag an die Gemeinde, dass sie mithilft und versucht, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, wo sie dies kann. Eine Massnahme besteht darin, dass wir beginnen, Glühbirnen einzusammeln und, wie ihr wisst, ist die Neubeschaffung in einem grossen Mass bis zu 15 oder 20-mal teurer, als eine normale Glühbirne. Die Kosten sind also hoch. Dies geht weiter mit Sparmassnahmen beim Kochen über Mittag, hier gibt es ein sehr grosses Potenzial. Bei den Standby-Funktionen vieler Geräte, von denen man gar nicht weiss, wie man den Stromverbrauch minimieren kann. Es gibt noch x Sachen, die die Bevölkerung nicht kennt und dort müssen wir proaktiv werden und nicht einfach dem TRAS beitreten. Beginnen wir mit sparen, das ist der Weg und nicht, irgendwo beizutreten und das Gewissen zu beruhigen. Ich bitte sie, die Postulate nicht zu überweisen und allenfalls das Geld für effektive Sparmassnahmen einzusetzen.

Mauro Pavan: Stefan und Mario, dies ist ein super Postulat, aber über das reden wir jetzt nicht. Ich bin auch für Energiesparen - aber das Eine tun und das Andere nicht lassen. Wenn wir beginnen, Glühbirnen auszutauschen, wird deshalb das AKW Fessenheim nicht weniger störungsanfälliger und nicht erdbebensicherer und auch nicht ge-

geschlossen. Hauptzweck des TRAS ist momentan die Schliessung des AKW Fessenheim und darum geht es in diesen beiden Postulaten. Falls Pratteln Mitglied wird und sich später nicht mehr mit den Zielen des Vereins einverstanden erklären kann, kann man wieder austreten; es ist kein Beitritt auf Lebenszeit. Momentan geht darum, dass das AKW geschlossen wird und uns dafür einzusetzen, sollen wir heute Abend beschliessen.

Kurt Lanz: Ich möchte Mauro Pavan unterstützen: Das Eine tun und das Andere nicht lassen, wäre eine Angelegenheit. Von Seiten der FDP wurde das Postulat heute Abend angesprochen, dass sie einreichen werden und daher muss auch ich noch etwas sagen dazu: CHF 1'500, 15 – 20-mal mehr, CHF 15, 100 Haushalte mal 2, also 200 Haushalte, nein 200 Glühbirnen. Hallo.

Fredi Wiesner: Das Postulat 2720, wo der Gemeinderat prüfen und berichten soll, ist im Moment der richtige Weg und ob wir nachher beitreten, ist wieder eine andere Debatte. Was wir gehört haben über den Betrag von CHF 1'500 oder doppelt so viel, müssen wir langsam damit aufhören, denn wir haben schon einmal einen Betrag in Energiesparen umgewandelt, das war beim Budget. Hier handelt es sich um kleine Beträge und mit den Geschehnissen sollte endlich ein Umdenken in der Bevölkerung kommen und man wirklich beginnen zu sparen. Wenn man nur spart, weil man einen Beitrag daran erhält, ist das Umdenken noch nicht vollzogen. Ich meine, dass die Gemeinde Pratteln schon sehr viel dafür macht. Wir hatten Veranstaltungen im KUSPO, die sehr gut besucht waren. Hier ging es um Solarenergie und die Umsetzung dazu und wo man sparen kann. Vor kurzer Zeit in dieser Dorfturnhalle wurde das Thema Energieeffizienz behandelt. Ich selber bin dort hin gegangen, weil es mich interessiert und wenn mich nachher jemand fragt, was hier vorgetragen wurde, dann sollte ich Auskunft geben. Ich bin rechtzeitig gegangen, weil ich dachte, der Saal wäre voll und dann habe ich hierin 5 Referenten und im Saal 30 Personen gesehen, die wissen wollten, wo ich Energie sparen kann. Darum ist das Umdenken noch nicht gekommen und ich hoffe, dass dies noch kommt und die Leute wirklich anfangen, Energie zu sparen und nicht nur dann, wenn sie einen Geldbetrag dazu erhalten. Dann sind wir auf dem richtigen Weg, es kann aber Aufgabe der Gemeinde Pratteln sein, Steuergelder für einen solch kleinen Rahmen auszugeben, um etwas zu bewirken.

Urs Hess: Ich frage Stephan Ackermann zu seinem Text „Der Gemeinderat prüft und berichtet über den Beitritt“; soll er zuerst beitreten und dann berichten, wie er beigetreten ist oder soll er zuerst prüfen und dann berichten, ob es überhaupt Sinn macht, beizutreten. Dies möchte ich gerne beantwortet haben, denn dies beeinflusst mein Stimmverhalten entsprechend.

Stefan Löw: Das Eine tun und das Andere nicht lassen, um das geht es nicht und es geht auch nicht um die Summe, die man allenfalls bewegen will, es geht klar darum, einen anderen Weg einzuschlagen und eine Richtung zu geben. Und dies beginnt im Kleinen - auch das Übel beginnt im Kleinen - und es ist wichtig, und dies wird auch die Presse aufnehmen. Wir sind klar der Meinung, dass wir nun im Kleinen anfangen müssen und nicht warten, bis es noch schlimmer wird. In diesem Sinn ist es natürlich ein Auftrag der Gemeinde, die Bevölkerung dahingehend aufzurütteln. Die Gemeinde hat auch die Möglichkeiten und Medien und weitere Mittel dazu, dies an die Bevölkerung heran zu tragen. So wie die Gemeinde auch die Möglichkeit hat, allenfalls bei einem Störfall Szenarien an die Bevölkerung weiter zu geben und zu informieren. Die Erwartungen sind da, dass wir ihnen den Auftrag geben und mit dem Gewerbe usw. versuchen, einen Weg aufzuzeigen, wie man proaktiv werden kann. Wenn eine Veranstaltung so schlecht besucht ist, sollte dies sicher zu denken geben, denn anscheinend ist es noch nicht herüber gekommen. Wer soll dies nun machen? Und daher diese Mittel, die etwas bewegen sollen. Nach wie vor: Wir wollen dem TRAS nicht beitreten; es ist keine Fessenheim-Institution, sondern es steht viel mehr dahinter. Wir sind auch der Meinung, dass man nicht einfach beitritt und dann wieder aus. Wenn man etwas macht, überlegt man sich dies gut. Darum treten wir nicht bei und machen selber etwas.

Stephan Ackermann: Stefan, die Verlockung ist extrem gross, auf dein Votum zu reagieren. Ich habe vorhin gesagt, wir konzentrieren uns doch auf das. Glühbirnen und Politiker auswechseln – die FDP muss dringend etwas dazu sagen und proaktiv werden, sonst werden sie ausgewechselt und zwar ziemlich schnell. Aber ich will über das Postulat reden. Urs Hess hat eine Frage gestellt, und ich gebe Antwort, denn ich versuche ja immer, ihn zu überzeugen und sein Stimmverhalten zu beeinflussen. Es bleibt mir nichts anderes übrig, als mit einem Postulat „prüfen und berichten“ zu verlangen. Wenn ich anders könnte, würde ich den Gemeinderat beauftragen, beizutreten. Aber dies liegt nicht in meiner Kompetenz und der Gemeinderat wird dann prüfen und berichten über das, was er gemacht hat. Wie weit er geht, kann ich nicht beeinflussen, dies macht der Gemeinderat. Er hat die Voten auch von der FDP und SVP-Seite her gehört und auch als Gönner beizutreten. In diesem Sinn ist es richtig, dass der Gemeinderat prüft und berichtet. Wir haben andere Postulate gehabt, in denen es beispielsweise um die Neugestaltung von Parkplätzen ging, da hat der Gemeinderat auch geprüft und berichtet, dass er es nachher machen wird. Dies liegt wirklich in der Kompetenz des Gemeinderates.

Gert Ruder: Ich bitte euch, dem Postulat zuzustimmen und ich kann ein Wort an die FDP-Fraktion nicht verkneifen. Ich betrachte das, was ihr heute Abend gemacht macht, als anerkennenswerte Bemühungen. Ich habe volles Verständnis, dass die freisinnige Partei sich nun in einem Selbstfindungsprozess befindet und neue Wege sucht und dass ihr alle Mittel und Wege benutzt, damit wieder Gutmeldungen in die Zeitung kommen. Aber heute reden wir um den TRAS und nicht darum, ein paar Lampen auszuwechseln. Wenn dann euer Postulat diskutiert wird, kommen euch vielleicht bessere Ideen in eurem Selbstfindungsprozess.

Mario Puppato: Es ist beschämend, wie klare politische Voten von uns in den Dreck gezogen werden. Wir haben klar gesagt, Fessenheim still legen, ist bei uns erste Priorität und haben dies unterstützt. Zugleich haben wir gesagt, das alleine reicht nicht und haben zusätzliche Massnahmen vorgeschlagen, dass wir die AKW-Energie durch erneuerbare Energien und durch Sparen ersetzen können. Jetzt werden wir daran aufgehängt, dass wir ein Beispiel gezeigt haben, dass einen Impuls geben und das Bewusstsein stärken könnte. Wenn wir nun zur Sau gemacht werden, wenn wir reden, dass wir keinem politisch motivierten Verein beitreten, finde ich dies unfair. Ich wiederhole: Wir sind klar und so schnell wie möglich für die Stilllegung von Fessenheim und sehen hier die grösste Gefahr. Wir haben uns erlaubt, zu sagen, man solle mehr machen und auf kantonaler Ebene schauen, dass wir erneuerbare Energien haben und dass wir Energie einsparen können. Wenn dies ins Lächerliche gezogen wird, seid ihr nicht sehr gute Demokraten.

Urs Hess: Stephan Ackermann hat den Ball an den Gemeinderat weiter gegeben und gesagt, der Gemeinderat solle prüfen und berichten und wenn er beitrete, sei dies die Sache des Gemeinderates. Ich muss ganz klar vom Gemeinderat wissen, ob er bei diesem Postulat prüft und darüber berichtet, ob man beitreten soll oder ob er beitrifft und später über den Beitritt berichtet.

GR Ruedi Brassel: Der Gemeinderat hat beschlossen, beide Postulate entgegen zu nehmen, d.h. dass wir prüfen und darüber berichten. Die Mehrheitssituation war so, dass zu erwarten ist, was der nächste Schritt ist, aber dieser wird kommuniziert. Es macht keinen Sinn, in eine Diskussion zu treten und das eine gegen das Andere auszuspielen, wie es jetzt gerade der Fall ist. „Sowohl als auch“ ist hier durchaus möglich und wir werden euch darüber berichten, was wir vom Gemeinderat für Optionen sehen, sei es der Beitritt, sei es die Gönnerschaft oder allenfalls Nichts. Das andere, heute eingereichte Postulat, ist ein anderes Mal Thema. Vor 36 Jahren war in Kaiseraugst ein AKW geplant. Es ist vielen so gegangen wie mir, dass ich wahnsinnig froh war, als dies in Fukushima passiert ist, dass in meiner Nähe kein AKW steht. Für mich ist dies eine Folge von Widerstand und Solidarität, die weit über unsere Gemeinde und nächste Nachbarschaft hinaus gegangen ist. In Bezug auf Fessenheim können wir unseren Teil an Solidarität

leisten, dass diese Gefahr nicht nur für uns, sondern für die gesamte Region verschwindet.

Mauro Pavan: Liebe FDP; ich bin etwas enttäuscht von euch. Von uns hat Niemand gesagt, dass ein Beitritt zum TRAS ausreicht und wir keine Energie sparen sollen. Momentan geht es aber um den TRAS, momentan geht es darum, ob wir die beiden Postulate überweisen oder nicht und wenn ihr sagt, ihr wollt alles unterstützen, was auf die Schliessung von Fessenheim hin zielt, dann müsst ihr die Postulate überweisen. Wenn Irgendwer Einfluss nehmen kann, ist dies der TRAS. Bereits heute sind 14 baselbieter Gemeinden Mitglied und warum soll Pratteln hinten an stehen? Wenn man schon Geld einzahlt, sollte man auch Mitglied werden und nicht nur Gönner und hat auch ein Mitbestimmungsrecht. Also stimmt der Überweisung zu.

Abstimmung

Geschäft Nr. 2720

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Trinationaler Atom-Schutzverband (TRAS)"

Der Rat beschliesst mit 27 Ja zu 9 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 2720 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2723

Postulat der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend "Beitritt zum TRAS (Trinationaler Atom-Schutzverband)"

Nach Überweisung des Geschäftes Nr. 2720 an den Gemeinderat, ist, gestützt auf Ziffer 3.1.3.1 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, die Abstimmung über das Geschäft Nr. 2723 nicht möglich.

Geschäft Nr. 2725

Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Basellandschaftliche Pensionskasse in Unterdeckung"

Aktenhinweis

- Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Basellandschaftliche Pensionskasse in Unterdeckung" vom 28. März 2011

GR Max Hippenmeyer: Frage 1: *Wie hoch ist die Deckungslücke?* Dem im Internet publizierten Jahresbericht der BLPK kann entnommen werden, dass die Unterdeckung per 31.12.2010 auf CHF 1'484 Mio. angestiegen ist und der konsolidierte Deckungsgrad bei 77,2 % liegt. Gemäss Schreiben der BLPK vom 14. April 2011 beträgt der Anteil der Gemeinde per 31.12.2010 CHF 15'779'695. In dieser Berechnung nicht enthalten sind die aktiven Lehrkräfte an Kindergärten, Primar- und Musikschule, die im Bestand des Kantons geführt sind. Frage 2: *Was bedeutet dies für die Angestellten und was für die Gemeinde als Arbeitgeber?* Nichts anderes als in den letzten 50 Jahren. Die Aktiven und die Gemeinde als Arbeitgeber bezahlen ihre vertraglichen Beiträge und die Rentner erhalten ihre Rente. Frage 3: *Nimmt die Gemeinde ihren Einfluss als Arbeitgebervertreter in der BLPK wahr?* Der 12-köpfige Verwaltungsrat ist paritätisch zusammengesetzt und

Pratteln ist dort nicht vertreten. Unser Einfluss beschränkt sich also notgedrungen auf die Teilnahme am Wahlprozedere des Verwaltungsrates. Frage 4: Sind Sanierungs- oder Stabilisierungsmassnahmen vorgesehen seitens der Gemeinde? Nein, das ist nicht möglich, weil die BLPK keine Gemeindeinstitution, sondern eine kantonale ist. Frage 5: Hat der Gemeinderat mit dem Regierungsrat über Sanierungsmassnahmen gesprochen? Nein, bis jetzt wurden wir noch nicht um eine Stellungnahme gebeten und der Gemeinderat sieht im Moment keine Veranlassung, das Gespräch zu diesem Thema mit Regierungsrat Ballmer zu suchen. Frage 6: Sind heute Sanierungskosten für Pratteln bekannt oder voraussehbar und wie gedenkt der Gemeinderat diese zu finanzieren? Die Finanz- und Kirchendirektion BL hat im Dezember 2010 betreffend Reform der BLPK informiert, dass diese Reform Änderungen aus der Teilrevision des Bundesgesetzes über die AHV/IV sowie Änderungen zur Sanierung der BLPK enthalten soll und frühestens auf den 1.1.2013 in Kraft treten soll. Zur Sanierung der BLPK wird angemerkt, dass eine gewisse Lastensymmetrie zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Rentenbezüglern zum Zuge kommen soll. Zudem soll die Sanierung über einen langen Zeitraum – die Rede ist beispielsweise von 30 Jahren – erfolgen, so dass sie finanzpolitisch verträglich ausgestaltet werden kann. Wie gross unser Beitrag zur Schliessung der Deckungslücke sein wird, kann erst gesagt werden, wenn vom Kanton das Sanierungskonzept vorliegt. Immerhin haben wir letztes Jahr bereits eine Rückstellung von CHF 0,5 Mio. getätigt. Wenn ich jetzt unseren Anteil an der momentanen Deckungslücke gemäss den eben erwähnten Vorstellungen des Kantons, nämlich einen Drittel auf 30 Jahre verteile, komme ich auf rund CHF 175'000 pro Jahr und zur Feststellung, dass wir für die ersten Jahre nach einer Sanierung bereits vorgesorgt haben. Im Übrigen wird die Deckungslücke im Wesentlichen durch die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten beeinflusst und die kann auch wieder einmal positiver sein als in den letzten Jahren.

Der Rat stimmt der Diskussion stillschweigend zu.

Patrick Weisskopf: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen und möchte mitteilen, wie dies bei mir angekommen ist. Wir haben hier eine Pensionskasse, die sehr viel mehr verspricht, als sie erwirtschaften kann und die Situation der PK zeigt, dass sie mit 77.2% Deckungslücke mehr erwirtschaften müsste, als wenn sie 100% Deckungskapital hätte und dies nur schon zum Erwirtschaften, dass sie schaffen kann. Wie es aussieht, muss der Steuerzahler für eine, aus meiner Sicht, Misswirtschaft, einspringen. Ich kann nur sagen, was ich als Privater erlebe. Meine PK hat schon bei 99.6% Stabilisierungsmassnahmen ergriffen; das Überobligatorische wurde nicht mehr verzinst und es wären sehr schnell weitere Sanierungsmassnahmen gekommen, wenn der Deckungsgrad noch weiter gesunken wäre, gerade aus dem Grund, dass man Niemanden im Hintergrund hat, der das Händchen hält. Das man nun über 30 Jahre finanzieren will, also das, was jetzt verbraucht wurde, soll die nächste oder übernächste Generation von Steuerzahlern zahlen. Ich hoffe sehr, dass die baselbieter Regierung die PK sehr schnell sanieren wird und man dies vom Tisch hat und nicht mehr zum Leistungsprimat, sondern zum Beitragsprimat geht.

Die Interpellation ist beantwortet.

Fragestunde

Frage 1

"Sek-Schüler müssen in Muttenz zur Schule?" (Eva Keller-Gachnang, SP)

GR Elisabeth Schiltknecht: Wir reden hier von der Sekundarschule Pratteln und vom Kreis Rheintal. Der Kreis Rheintal besteht aus Pratteln, Muttenz und Birsfelden. Für die Klassenbildung gibt es eine Verordnung, gültig ab 1. Januar 2011. Die Verordnung für die Sekundarschule beschreibt in den § 12 und 13 das neue Vorgehen bei der Klassenbildung in Sekundarschulkreisen:

§ 12a Klassenbildung

- 1 Die Schulleitungen der Sekundarschulstandorte eines Sekundarschulkreises nehmen gemeinsam die Klassenbildung für den Sekundarschulkreis vor.
- 2 Sie bestimmen, welche Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung der optimalen Klassengrösse welchem Schulstandort zugewiesen werden.
- 3 Für die Zuteilung sind folgende Kriterien zu berücksichtigen: a. Zeitbedarf für den Schulweg; b. Beschaffenheit des Schulweges; c. Persönliche Gründe.

§ 13(8) Verfahren, Zuständigkeiten

- 1 Die Schulleitungen der Sekundarschulkreise unterbreiten dem Amt für Volksschulen den Klassenbildungsplan des Sekundarschulkreises und die Klassenbildungspläne der einzelnen Schulstandorte zur Bewilligung und setzen ihre Schulräte darüber in Kenntnis.
- 2 Das Amt für Volksschulen bewilligt die Klassenbildung der Sekundarschulkreise sowie die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler zu den Sekundarschulstandorten innerhalb der Sekundarschulkreise.
- 3 Es bewilligt die Zuteilungen von Schülerinnen und Schülern zu Sekundarschulstandorten ausserhalb des Schulkreises ihres Wohnortes.
- 4 Die Schulleitung des Sekundarschulstandortes, dem eine Schülerin oder ein Schüler zugewiesen wurde, teilt den Entscheid des Amtes für Volksschulen den Erziehungsberechtigten schriftlich mit. Der Entscheid erfolgt auf Begehren der Erziehungsberechtigten mittels Verfügung des Amtes für Volksschulen.

Frage 1: *War der Schulrat darüber informiert? Wenn ja, was hat er unternommen?* Der Schulrat der Sekundarschule Pratteln wurde anlässlich seiner Sitzung vom 3. März 2011 über die bevorstehende Klassenbildung und ihre Auswirkungen von der Schulleitung gemäss der Verordnung für die Sekundarschule § 13 Absatz 1 in Kenntnis gesetzt. Der Schulrat hat in dieser Sache keine Entscheidkompetenzen. Diese werden vom Amt für Volksschule wahrgenommen. Frage 2: *Warum wurden die Familien nicht vorgewarnt – sondern erhielten direkt von Muttenz den Brief und wurden so damit konfrontiert!?* Alle Eltern wurden im Herbst 2010 anlässlich von fünf Elternabenden an den 5. Primarschulklassen durch Lehrpersonen der Sekundarschule Pratteln über die mögliche Zuweisungen innerhalb des Sekundarschulkreises Rheintal zwecks Optimierung der Klassengrössen informiert. Offensichtlich haben nicht alle Eltern diese Information als für sie relevant eingestuft. Gemäss § 13 Absatz 4 hat die aufnehmende Schule zu informieren. Dies ist in unserem Fall durch die Sekundarschule Muttenz auch so geschehen. Frage 3: *Anscheinend haben die Eltern alles unternommen und mit viel Energie darum gekämpft und jetzt können die Kinder doch in Pratteln zur Schule. Warum nicht von Anfang an so?* Grössen in Planungsprozessen können sich verändern und somit zu geänderten Entscheidungsgrundlagen führen. Zum Zeitpunkt des Entscheids waren 27 Schülerinnen und Schüler für die 1. Klasse im Niveau P prognostiziert. Dies bedeutete, dass die Maximalgrösse für eine Klasse überschritten wurde und zwingend eine Verschiebung stattfinden musste. Aufgrund der Reduktion der Prognose auf 25 Schülerinnen und Schüler ergab sich eine veränderte Entscheidungsgrundlage. In gegenseitigem Einvernehmen zwischen dem Amt für Volksschule und den Schulleitungen der Sekundarschulen Muttenz und Pratteln wurde entschieden, die 4 Schülerinnen und Schüler nicht mehr nach Muttenz zuzuweisen, da in Pratteln die Maximalgrösse neu unterschritten wird. Frage 4: *Oder wurden nun einfach andere Kinder/Eltern dazu verknürrt, in Muttenz zur Schule zu gehen?* Nein. Es sind nun 25 Kinder und die Klasse lässt sich so führen. Dies beutet aber auch, wenn 2 Kinder in Pratteln noch dazukämen, könnte eines hier in die Schule

und ein anderes nach Muttenz. Frage 5: *Wie werden solche Vorkommnisse in Zukunft verhindert? Wie bereits erwähnt, das ist sehr schlecht für unser „Standortmarketing“.* Die Schulleitungen der Sekundarschulstandorte des Sekundarschulkreises Rheintal werden gemäss ihrer gesetzlichen Aufgabe weiterhin gemeinsam die Klassenbildung für den Sekundarschulkreis vornehmen und bestimmen, welche Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung der optimalen Klassengrösse welchem Schulstandort zugewiesen werden. Als kantonale Schule hat die Sekundarschule Pratteln die gesetzlichen Grundlagen umzusetzen sowie die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen und nicht Standortmarketing zu betreiben. Ein unzumutbarer Schulweg verletzt das Recht auf Ausbildung, die Chancengleichheit und die Rechtsgleichheit. Wann ist ein Schulweg unzumutbar oder eben zumutbar? Die massgeblichen Kriterien dafür sind: Person des Schülers, Art des Schulweges (Länge, Höhenunterschied, Beschaffenheit), Gefährlichkeit des Schulweges. Für ein Kind im 6. Schuljahr ist ein sicherer Weg (Veloweg) von 4 km Länge gemäss heutiger Rechtsprechung zumutbar und hinzunehmen, wenn dieser nicht alleine - also mit einer Schülergruppe - in Angriff genommen werden muss. In 3 Jahren, wenn wir Harnos haben, und die Schüler erst nach der 6. Klasse in die Sekundarschule gehen, ist ein solcher Schulweg noch „zumutbarer“. Frage 6: *Hat der Gemeinderat Kenntnis von der Kantonalen Volksinitiative „Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen“ (siehe Anlage)? Was ist seine Meinung dazu?* Ja. Der Gemeinderat findet, dass die Lösung von Pratteln nach Muttenz zumutbar ist und unterstützt von sich aus die Initiative nicht.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 2

"Übernahme Bibliothekspersonal" (Stephan Ackermann, Unabhängige Pratteln)

GR Rolf Wehrli (in Vertretung von GR Felix Knöpfel): Frage 1: *Wurden die Bedingungen eingehalten?* Ja. Frage 2: *Wieso konnten nur zwei der sechs Mitarbeiterinnen eine Anstellung bei der GGG finden?* Das Prattler Bibliotheksteam bestand aus einer Leiterin und fünf Mitarbeiterinnen. Die Leiterin ging per 31. März 2011 in Pension. Für die neue Leitung der Bibliothek suchte die GGG im November/Dezember per Inserat und online eine neue Leiterin, die über eine Bibliotheksausbildung verfügte. Die bisherigen Mitarbeiterinnen verfügen nicht über diese Ausbildung und haben sich auch nicht beworben. Mit Marlene Gerber, wohnhaft in Liestal, wurde eine ideale Besetzung gefunden. Sie arbeitet ab 1. April zu 50% in der Gemeindebibliothek und übernimmt zu 30% Aufgaben im Bereich Leseförderung im Zentrum Schmiedenhof. Von den fünf Mitarbeiterinnen führte die GGG mit vieren Gespräche. Eine Mitarbeiterin verzichtete von sich aus auf eine Weiterbeschäftigung und eine zweite nach dem ersten Gespräch. Bei der Besprechung der Stundenzuteilung zeigte sich die Problematik, dass alle vier Mitarbeiterinnen anderswo noch zu 50% und mehr mit unverrückbaren Einsatzzeiten beschäftigt sind und maximal nur einmal im Monat am Samstag arbeiten möchten (erforderlich wäre jedoch zweimal pro Monat gewesen). Bei einer Mitarbeiterin konnte keine befriedigende Lösung für Einsätze von 10 bis 12 Stunden gefunden werden. Schlussendlich stellte die GGG zwei Mitarbeiterinnen mit einem Stundenpensum von 7 und 10,5 Stunden an. Diese Pensen liegen deutlich unter der erforderlichen Mindeststundenzahl. Die GGG ist den Mitarbeiterinnen entgegengekommen, weil sie glaubt, dass sie aufgrund ihrer Erfahrungen sich gut in das System einarbeiten werden. Das neue Bibliotheksteam setzt sich nun wie folgt zusammen: Frau Marlene Gerber, Leiterin (vorher bei der FIFA und Bibliomedia angestellt), Frau Jacqueline Füg, (aus dem bisherigen Bibliotheksteam), Frau Katharina Hardmeier, (aus dem bisherigen Bibliotheksteam), Herr Niklaus Schäfer, (arbeitet seit Jahren Teilzeit im Zentrum Schmiedenhof und in der Bibliothek Bläsi und nun neu auch in Pratteln). Bis Ostern werden die Mitarbeiterinnen in der Bibliothek Zentrum geschult und auf ihre Aufgaben in Pratteln vorbereitet. Bis zu diesem Zeitpunkt leitet Frau Brigitte Brüderlin die Bibliothek interimistisch. Ihr zur Seite stehen Mitarbeiterinnen aus den Bibliotheken Bläsi, Breite und Zentrum Schmiedenhof, die bis Ostern aushelfen werden. Im Weiteren hat die

GGG die Öffnungszeiten für das Prattler Publikum attraktiver gestaltet. Die Bibliothek ist nun an jedem Werktag (Mo - Sa) geöffnet. Frau Gerber wird nach Ostern mit der Planung der Einführung von zwei Leseförderungsaktionen LeseSpaß und Erstklässlerkarte beginnen. Frage 3: Ist der Gemeinderat gewillt, in zwei Jahren bei den Prattler Kundinnen und Kunden eine Zufriedenheitsumfrage zur Gemeindebibliothek durchzuführen? Der Vertrag mit der GGG dauert vorläufig 4 Jahre. Der Gemeinderat wird also nicht nach zwei Jahren eine Umfrage starten, sondern bei Bedarf gegen Ende der Vertragslaufzeit. Sollten zwischenzeitlich Reklamationen eintreffen, wird der Beirat tätig werden. Im Beirat sitzen von Seite der Gemeinde der für die Kultur zuständige Gemeinderat Felix Knöpfel, die Abteilungsleitung BFK, Andrea Sulzer und ein ehemaliges Mitglied der Bibliothekskommission, Frau Branco.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 3

"Gesamtkonzept Sportanlage Sandgruben"

(Patrick Weisskopf, Unabhängige Pratteln)

GP Beat Stingelin: Am 14. Juni 2010 hat Patrick Weisskopf schon eine Frage zur Sandgrube gestellt und diese wurde dort von GR Max Hippenmeyer beantwortet. Dies ist vielleicht einigen Personen untergegangen. Damals wurde gesagt, dass das Konzept erarbeitet wird. Dass nun die Schwimmbadfolie dazwischen gekommen ist, ist die Sache, dass sie sonst kaputt gegangen wäre, aber selbstverständlich wäre diese enthalten gewesen. Bei der Fragestunde geht es wieder um das Gesamtkonzept. Frage 1: Wie weit ist die Erarbeitung des Gesamtkonzepts zur Sportanlage Sandgruben fortgeschritten? In zwei Subkommissionssitzungen der Begleitkommission wurde das vom Fachplaner erarbeitete Dokument (Bestandesaufnahme, Bedürfnisabklärung, Raumprogramm) überarbeitet und ein bereinigtes und detailliertes Programm erstellt. Das Programm wurde am 06. April 2011 der Begleitkommission vorgelegt und von dieser genehmigt. Aktuell werden die Rahmenbedingungen für ein Wettbewerbsverfahren auf Einladung geprüft. An einer nächsten Sitzung der Begleitkommission soll das Programm verabschiedet und der Bau- und Planungskommission (BPK) vorgelegt werden. Frage 2: Wann wird dieses Gesamtkonzept vorgestellt? Voraussichtlich geht das Programm der Begleitkommission nach der nächsten Sitzung im Mai an die BPK. Bei Genehmigung des Programms durch die BPK wird das Wettbewerbsverfahren gestartet und dann kann das Gesamtkonzept vorgestellt werden.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.35 Uhr beendet.

Pratteln, 28. April 2011

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Das Einwohnerratssekretariat

Dieter Stohler Joachim Maass